

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Bonn entsendet Militärattaché nach Peking

Als erster Bonner Militärattaché in China hat Luftwaffen-Oberstleutnant i. G. Günther von Lüpke seine Arbeit in Peking aufgenommen. Für von Lüpke, der in China, zum großen Teil in Nanking, aufgewachsen ist, ist China kein Neuland. Die Tatsache, daß der neue Militärattaché schon am Tage nach seinem Eintreffen im Verteidigungsministerium empfangen wurde, darf als ungewöhnlich entgegenkommende Geste angesehen werden. Von Lüpke wird jedoch bereits im Oktober 1976 vom Oberst i. G. Ulrich Schoffer abgelöst, da, entgegen den ursprünglichen Planungen, für den Attachéposten nur eine Ein-Mann-Besetzung vorgesehen ist, die vom Heer ausgefüllt werden soll.

In Bonn ist inzwischen ein chinesischer Offizier gleichen Ranges eingetroffen, der bei der späteren Neubesetzung von einem Divisionskommandeur abgelöst werden soll.

(2) BDI-Delegation in Peking

Eine Delegation des Bundes der Deutschen Industrie unter Leitung von Hans-Günther Sohl besuchte Mitte Mai die VR China. Sie waren Gast des chinesischen Rates zur Förderung des internationalen Handels, einer staatlichen Außenhandelskammer. Führende Persönlichkeiten, u.a. der chinesische Außenhandelsminister Li Chiang und der chinesische Außenhandelsminister Ch'iao Kuan-hua gaben Empfänge (NCNA, 18., 19., 20. und 21. 5. 1976). Die Delegation besuchte Peking, die Industriebetriebe des Erdölkombinats von Ta-ching, Harbin, Schenjang, den Stahlkomplex Anshan, Shanghai und Kanton (NCNA, 22. 5. 1976).

(3) Positive Kommentare zum dreitägigen Parteitag der CDU

Hsinhua zitiert beifällig eine Reihe von Ausführungen während des CDU-Parteitags vom 25. - 27. Mai in Hannover. Aus Helmut Kohls Rede: "Wenn man sagt, daß die Sicherheit der Europäer

erneut Thema einer größeren Bedrohung ist, rührt dies von der Gefahr einer zunehmenden sowjetischen politischen Offensive her, angespornt durch die neue Schwäche des Westens". Von Franz Joseph Strauß: "Um den Frieden in Europa zu sichern, müssen sich die europäischen Länder vereinigen. Die Zeit ist vorbei, wo wir uns blind auf US-Garantien verlassen konnten". Von Kurt Biedenkopf: "Ich habe keinen Zweifel daran, daß es das strategische Ziel der Sowjets ist, West-Europa von den Vereinigten Staaten durch militärische Einkreisung auf dem Boden, zu Wasser und in der Luft ohne militärische Aggression zu trennen und eine Situation der Furcht zu schaffen..."

Margaret Thatcher, Chef der Konservativen Englands, habe darauf hingewiesen, daß der Westen seine Verteidigungs- und Gegenangriffstreitkräfte gegenüber der Sowjetunion weiterhin unterhalten müsse. Christopher Soames, Vizepräsident der EG-Kommission, habe auf die wachsende Kluft zwischen der sowjetischen Stärke und der militärischen Stärke Europas hingewiesen. Im Augenblick herrsche nur eine oberflächliche Ruhe. Von Leo Tindemans, dem belgischen Ministerpräsidenten, wird ein Zitat gebracht, demzufolge "Europa in eigener Sache erfolgreich werden und, falls notwendig, mit einer Stimme sprechen sowie sein Äußerstes unternehmen muß, um sein eigenes Schicksal zu meistern" (NCNA 27. 5. 1976). Man sieht: Hsinhua hat einen spezifischen Filter, durch den nur bestimmte Strahlen dringen. Formal mögen die wiedergegebenen Zitate zwar richtig sein, der Gesamteindruck jedoch bleibt schief.

(4) Brandt zitiert Breschnew in seinen Memoiren

"Es sei schwer, die Chinesen zu verstehen. Ihre Denkvorgänge, Dispositionen und Verhaltensweisen könnten von einem Europäer kaum begriffen werden. Ein Grundzug der nationalistischen, chauvinistischen chinesischen Politik sei deren Spaltertätigkeit. Es folgten empörte Kommentare des Parteichefs über maoistische und anti-sowjetische Aktivitäten in Frankreich, in Italien, Indien, Algerien und Latein-Amerika, über verwerfliche Vorgänge in anderen Teilen der Entwicklungswelt....

China sei ein armes Land mit einem arbeitsamen Volk. Es werde jedoch eines Jahrzehnte langen Prozesses bedürfen, bis das wirtschaftliche Potential und das kulturelle Niveau angehoben werden. Eine militärische Gefahr sei von dort in den nächsten Jahren nicht zu erwarten". (Zitiert in: "Der Spiegel", 31.5.76)

WESTEUROPA

(5) Britischer Außenminister besucht China

Vom 3. bis 9. Mai besuchte Antony Crosland, Staatssekretär für die Auswärtigen und Commonwealth-Angelegenheiten Großbritanniens, die VR China. Crosland wurde vom Ministerpräsidenten und vom Außenminister empfangen. Ch'iao Kuanhua wies darauf hin, daß das "chinesische und das britische Volk einander immer schon freundschaftlich gesinnt waren. Beide Völker haben eine glorreiche Tradition der Verteidigung ihrer nationalen Würde und des Widerstandes gegen Tyrannei. Während des Zweiten Weltkrieges kämpften das chinesische und das britische Volk gemeinsam gegen die faschistische Aggression". Sodann folgte das Lieblingsthema, der Anti-Hegemonismus. Erfreut könne China beobachten, daß "die westeuropäischen Völker angesichts der hegemonistischen Bedrohung sich vereinigen. Ihr Verlangen nach Stärke durch Einheit und Verteidigung ihrer Sicherheit wächst von Tag zu Tag". Der Anschluß Großbritanniens an die EG im Jahre 1973 und die Volksabstimmung über das Verbleiben Großbritanniens in der EG i. J. 1975 habe den Interessen des britischen Volkes entsprochen". Weiter: "Der Weg zur Einheit Westeuropas wird nicht immer glatt sein, besonders wegen der Existenz spalterischer Taktiken der Supermächte, wegen ihrer Obstruktion und Sabotage..."

Crosland ging auf diese Argumente ein und meinte, daß die Länder Westeuropas heute in einem so engen Bündnis zueinanderstünden, wie es noch vor 30 Jahren undenkbar gewesen wäre. Dreißig Jahre lang auch habe die britische Regierung an ihrer NATO-Politik festgehalten und werde dies - wie Crosland gleichsam beruhigend hinzufügte - auch weiterhin tun. "Wir haben keine Illusionen über die Gefahren, die uns bedrohen; wir werden weiter auf der Hut sein" (PRu 1976, Nr.20, S. 4 ff).

Croslands Begleitung hatte Gelegenheit, das Tunnelsystem in Shanghai an einigen wichtigen Stellen zu besichtigen. Einer der chinesischen Begleiter wies darauf hin, daß "Europa sich ebenfalls gegen den sowjetischen Sozial-Imperialismus" vorbereiten müsse (Times 10.Mai 1976).

Obwohl Crosland ein achtzigminütiges Gespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Hua Kuo-feng hatte, dürfte er sich doch keinen Illusionen hingeben darüber, daß Peking der konservativen Regierung in London den Vorzug gegenüber seiner Labour-Regierung gibt. Das grundlegende Kriterium für diese Parteilichkeit bleibt letztlich der entschiedenere Anti-Sowjetismus der Konservativen. Nicht zufällig wurde Edward Heath, der ehemalige Tory-Führer zweimal herzlich in Peking empfangen, und zwar jedesmal auch vom Parteivorsitzenden Mao. Zunehmendes Ansehen in Peking genießt auch die gegenwärtige Führerin der Konservativen, Margaret Thatcher.

Während eines Gesprächs mit Hua bekam Crosland zu hören, daß die chinesische Außenpolitik trotz des gegenwärtigen Führungswechsels in China keineswegs geändert werde.

Nach dem Besuch in Peking fuhr Crosland noch nach Nanking und Shanghai und sodann weiter nach Tokyo zu Gesprächen mit der japanischen Regierung. Die Frage der Zukunft Hong Kongs wurde wahrscheinlich berührt, aber vermutlich als irrelevant behandelt. Nach wie vor steht außer Zweifel, daß die Chinesen an der Fortexistenz der "Kronkolonie" interessiert sind.

Im Anschluß an die Reise stellte sich Crosland den Fragen einiger Wissenschaftler und Journalisten (Times 20.Mai 1976). Einer der bekannten britischen China-Beobachter, Roderick Mac Farquhar fragte, ob der akademische Austausch zwischen beiden Ländern in Zukunft etwas besser vor sich gehen werde. Crosland meinte, daß diese Frage zwar berührt worden sei, daß aber die Einzelheiten auf dem normalen diplomatischen Wege ausgehandelt werden müßten.

Ob die Chinesen die Concorde und Harriers-Flugzeuge kaufen wollen? Crosland: Die Chinesen wollten erst einmal Erfolgsteste der Concorde abwarten. Über die Harriers sei nicht gesprochen worden.

Man habe sich ferner auch über die Situation in Afrika, vor allem in Südafrika und in Angola unterhalten. Was die chinesischen Meinungsäußerungen anbelangt, "I think it fair to say that the discussions had a somewhat onesided character".

Die Londoner Times (4.Mai) gab folgendes Urteil über den Crosland-Besuch ab: "Weder Schmidt noch Sauvagnargues waren bei ihren Gesprächen in Peking im vergangenen Jahr bereit, die chinesische Feindseligkeit gegenüber der Entspannung zu unterstützen oder die Supermächte in so einfachen Kategorien zu sehen, wie der Vorsitzende Mao sie festgelegt hatte. Jetzt wird auch Großbritannien aus ähnlichen Gründen als unzulänglich angesehen werden, nicht zuletzt deshalb, weil eine Labour- und nicht eine Konservative Regierung an der Macht ist. Während Heath einmal im Amtszimmer des Vorsitzenden Mao begrüßt wurde und während Frau Thatcher gern zitiert wird, erfreuen sich die Kollegen von Crosland nicht einer derartigen Gunst. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch für ihn selbst gelten.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(6) Bisher ungeklärte Bombenexplosion an der Pforte der Sowjet-Botschaft in Peking

Am 29.4.1976 meldete TASS: "Eine Explosion ereignete sich heute (29.4.) an der Pforte der UdSSR-Botschaft in der VR China. Zwei chinesische Wachen wurden getötet. Das Botschaftsgebäude erlitt Schaden. Nur durch Zufall entstanden keine Verluste unter den Botschaftsangehörigen. Wegen des Zwischenfalles wurde bei den chinesischen Behörden Protest erhoben."

Von diplomatischer Seite in der chinesischen Hauptstadt verlautete am nächsten Tag, wenige Augenblicke nach der Explosion sei ein Chinese in unmittelbarer Nähe des Botschaftsgebäudes festgenommen worden.

Die Hintergründe der Explosion blieben allerdings weiterhin im Dunkeln. Mehrere Versionen tauchten auf:

a) Ein Selbstmordkommando habe sich mit Gewalt Zutritt zur sowjetischen Botschaft verschaffen wollen, sei aber daran durch die beiden chinesischen Wächter gehindert worden

(NZZ, 1.5.1976). Eine solche Interpretation läßt allerdings nicht erkennen, w a r u m dieses angebliche Selbstmordkommando überhaupt tätig geworden ist.

b) Ein offizieller chinesischer Sprecher erklärte, am 30. April, bei der Explosion, habe es sich um einen "konterrevolutionären Sabotageakt" gehandelt. Gleichzeitig dementierte er Berichte, wonach ein Mann verhaftet worden sei. Immerhin gab der Sprecher damit indirekt zu, daß ein Chinese in den Fall verwickelt war.

c) Der sowjetische Botschafter Tolstikov lehnte eine Stellungnahme mit dem Hinweis ab, daß sich der Zwischenfall außerhalb des Botschaftsgebäudes ereignet habe.

d) dpa (30.4.1976) gibt eine weitere Version, daß die Explosion "wahrscheinlich ein Zufall" gewesen sei, weil einer der beiden chinesischen Wachsoldaten ungeschickt mit einem Sprengkörper umgegangen sei.

e) Christian Science Monitor (3.5.1976) zitiert einen Kommentar der New York Times, demzufolge es nicht ausgeschlossen werden könne, daß eine antisowjetische Fraktion im ZK der gerade in den letzten Monaten zunehmend sowjetfreundlicher werdenden offiziellen Politik durch ein Attentat einen Strich durch die Rechnung machen wollte. Diese pro-sowjetische Politik, wie sie vor allem unter Teng Hsiao-p'ing betrieben worden war, sei gekennzeichnet gewesen durch die Entlassung der Helikopter-Besatzung, die wegen Spionage ein Jahr festgenommen worden war. Auch habe man im April plötzlich wieder Botschafter mit Indien, Moskaus engstem Freund in Asien, ausgetauscht. Diese Ansätze im Keime zu ersticken, muß ein starkes Interesse der antisowjetischen Fraktion im ZK gewesen sein.

(7) Alle Jahre wieder: Sino-Sowjetisches Abkommen über den Gütertausch und Zahlungsverkehr

Ein Abkommen über den Gütertausch und Zahlungsverkehr für das Jahr 1976 wurde am 21. Mai in Peking zwischen der Regierung der VR China und der Regierung der UdSSR unterzeichnet. Li Chiang, der chinesische Außenhandelsminister, wohnte der Unterzeichnungsfeierlichkeit bei. Später gab der unterzeichnende Stellvertretende Minister Chen Chieh ein Bankett zu Ehren der sowjetischen Delegation (NCNA 21.5.1976).

Trotz der Polemik zwischen den Parteien beider Länder gehen die Beziehungen auf Staatsebene weiter, auch wenn der Handel mit der Sowjetunion in den letzten Jahren immer stärker zurückgegangen ist.

(8) Der amerikanische CIA übermittelt den Chinesen eine Liste mit sowjetischen Spionageschiffen

Der amerikanische Geheimdienst CIA soll den Behörden in Peking inoffiziell Listen aller sowjetischen und osteuropäischen Schiffe übermittelt haben. Dieser Verdacht tauchte Mitte Mai auf, als ein als Bergungsfahrzeug getarntes sowjetisches Schiff Hong Kong anlaufen wollte. Die Behörden der britischen Kolonie verweigerten der "POSEIDON" (828 Tonnen) und ihrer über vierzig Mann starken Besatzung die Einfahrt in den Hafen. Ein Sprecher der VR China in Hong Kong erklärte hierzu, daß die USA Peking bereits vor einiger Zeit "freiwillig" auf den

zweifelhaften Charakter der "POSEIDON" hingewiesen hätten. (Times 22. Mai)

Die Geheimlisten sind unabhängig voneinander sowohl vom britischen Verteidigungsministerium als auch vom amerikanischen CIA kompiliert worden. Schon lange hatte der Verdacht bestanden, daß die Listen möglicherweise an Peking weitergegeben worden sind.

(9) Albanien dementiert Gerüchte über Trübungen in der chinesisch-albanischen Freundschaft

Parteichef Enver Hodscha sah sich am 30. April anlässlich einer Feier zum Aufbau des Hüttenkombinats Elbasan, das mit chinesischer Hilfe erstellt wird, zu einer "Kampagne" Stellung nehmen, die "seit einiger Zeit in der kapitalistisch-revisionistischen Welt ... im Gange ist, als wenn die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Albanien angeblich erkaltet seien. Es gibt keine grundlosere Lüge ... Sogar eine ungarische Zeitung erfand, daß die Chinesen angeblich kein Material mehr für den Bau des Elbasan-Hüttenkombinats lieferten, und es liege halb fertig darnieder. Die Reaktion griff dieses Geschreibsel der Ungarn auf und verbreitete es. Die Feinde unserer beiden Länder, die die heftigsten Feinde der Revolution und des Sozialismus aller Völker sind, tun dies." (Wiedergegeben in ATA, BPA/Ostinfo, Albanien-China, vom 3.5.1976, S. 16 f.).

Immerhin ist es bezeichnend, daß Enver Hodscha es überhaupt nötig zu haben glaubte, zu Gerüchten dieser Art Stellung nehmen zu müssen. Es hat ja in letzter Zeit zwischen China und Albanien eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten gegeben, so z. B. zur Haltung gegenüber der USA, zur EG, der NATO und der Bundesrepublik, wobei Peking jeweils positiv urteilt, während Tirana nach wie vor feindschaftlich eingestellt ist. Während der Kulturrevolution, als China sich außenpolitisch fast völlig isoliert hatte, war Albanien einer der wenigen Freunde geblieben, auf die sich notwendigerweise ein überproportionales Interesse Pekings konzentrierte. Seit Peking freilich im Zuge seiner neuen globalen Außenpolitik nach 1970 mit Dutzenden von Ländern engere Beziehungen anzuknüpfen begann, schrumpfte das Interesse für Tirana auf gleichsam "natürliche" Proportionen zurück. Albanien ist nicht mehr der Freund, sondern einer von vielen Freunden, den gegenüber man sich auch abweichende Meinungen erlauben darf. Das chinesisch-albanische Verhältnis ist - so gesehen - nicht etwa verschlechtert worden, sondern hat sich nur normalisiert.

NORDAMERIKA

(10) Augenzwinkernder Kommentar Pekings zu Kissingers Afrikareise

Ein Bericht von Hsinhua (HCNA, 8.5.1976) würdigt den Afrika-Besuch Kissingers (vom 24. April bis 2. Mai in Kenia, Tansania, Sambia, Zaire, Liberia und Senegal) unter dem Aspekt anti-sowjetischer und auch anti-kolonialistischer Gesichtspunkte. Die Visite sei der erste Besuch eines amerikanischen Außenministers südlich der Sahara in den letzten sechs Jahren gewesen. "Die Völker haben vermerkt, daß Kissingers Afrikareise

vor dem Hintergrund des sowjetischen Angriffs auf Südafrika nach ihrer (der sowjetischen) bewaffneten Intervention in Angola sowie der Siege der Bevölkerung Zimbabwes und des gesamten afrikanischen Volkes in seinem nationalen Befreiungskampf stattfand. Die afrikanische Öffentlichkeit hat darauf verwiesen, daß Kissingers Afrikareise zeigt, daß die USA versuchen, ihre Position angesichts der sowjetischen Offensive in Afrika wieder zu festigen." Während seines Aufenthaltes in Afrika habe sich Kissinger erneut gegen die Verfolgung hegemonialer Bestrebungen durch andere Länder, gegen eine "Blockpolitik" usw. ausgesprochen. Er habe jedoch die Frage des Abzugs der kubanischen Truppen nicht mehr erwähnt und auch die Antwort auf die Frage umgangen, was die USA im Falle einer militärischen Intervention der Sowjetunion in Südafrika zu unternehmen gedächten.

Positiv wertet der Bericht auch die Tatsache, daß Kissinger in einem Gespräch mit dem zambischen Staatspräsidenten Kaunda einen "friedlichen Wechsel der Regierung" in Rhodesien befürwortet habe. Positiv sei auch zu bewerten, daß er versprochen habe, Südafrika aufzufordern, einen definitiven Zeitplan für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts in Namibia vorzulegen und die "institutionalisierte Rassentrennung" zu beenden.

Positiv wird ferner vermerkt, daß Kissinger versprochen habe, Mozambique und anderen Staaten, die ihre Grenzen zu Rhodesien geschlossen haben, zu helfen. Beifällig zitiert Hsinhua die Washington Post, derzufolge die USA Afrika gegenüber das Ziel verfolgen wollten, "der sowjetischen und kubanischen Durchdringung Afrikas zu begegnen und den Russen den Wind aus den Segeln zu nehmen".

Was allerdings die Praxis anbelangt, so sei dem westdeutschen Blatt "Bayernkurier" zuzustimmen, daß die USA ihre Hilfslosigkeit hätten erkennen lassen, indem sie nur "leere Drohungen" gegen die sowjetische Intervention ausgestoßen hätten (NCNA, 8.5.1976).

Alles in allem also eine durchaus positive Bewertung der Afrikareise Kissingers!

NAHOST

(11) Weitere Solidarisierung mit Ägypten

Die VR China versorgt Ägypten, das ja gerade die sowjetischen Helfer des Landes verwiesen hat, nicht nur mit militärischen Ersatzteilen, vor allem für Flugzeuge vom Typ MIG, sondern will mit dem Nil-Staat militärisch noch weiter kooperieren. Dies wurde besonders deutlich beim Besuch einer ägyptischen Militärdelegation. Der Stellvertretende Ministerpräsident, Chen Hsi-lien, Kommandant der großen Militärregion Peking, gab für die Delegation einen Empfang und erklärte dabei u. a.: "Im März dieses Jahres hat die ägyptische Regierung und das ägyptische Volk konsequent den ägyptisch-sowjetischen "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" aufgekündigt und die Heuchelei des sogenannten "natürlichen Verbündeten" der Entwicklungsländer entlarvt. Diese entschlossene Aktion hat zu Lob und Verwunderung der Völker der Welt geführt und war ein erneuter Beitrag zum vereinigten Kampf der Völker der Dritten Welt gegen den Hegemonismus". Die Militärdelegation besuchte auch die DVR Korea (NCNA 25.5.1976).

Was die Ersatzteile anbelangt, so war eine erste Lieferung mit

drei- bis vierzig MIG-Ersatztriebwerken bereits im März in Ägypten eingetroffen. Am 21. April schlossen China und Ägypten ein Militär-Hilfe-Abkommen. Ende Mai ist eine weitere chinesische Ersatzteil-Lieferung für sowjetische MIG-Maschinen eingetroffen. Der Leiter der ägyptischen Militärdelegation, der ägyptische Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident Gamassi, habe, wie er versichert, auch im koreanischen Pyonyang die Zusicherung erhalten, daß Ägypten "alles bekommen wird, was es im Rahmen eines Abkommens fordert" (Al Ahram zitiert in FAZ, 29. Mai 1976). Sollte diese Nachricht zutreffen, hätte sich Nordkorea in einer für die Sowjetunion peinlichen Angelegenheit gegen Moskau engagiert!

(12) Erneute Bekräftigung der etablierten chinesischen Palästinenser-Politik

Anläßlich des Besuches einer Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Leitung von Faruk Kaddumi, dem Leiter der Politischen Abteilung der PLO, gab Außenminister Chiao Kuan-hua einen Empfang, bei dem er u. a. ausführte:

"Wir sind davon überzeugt, daß - wie schwierig der Kampf und wie gewunden der Weg vorwärts auch sein mögen - die Palästinenser und die anderen arabischen Völker, bei denen der anti-imperialistische Kampf schon Tradition ist, auf ihre eigene Stärke vertrauen, ihre Reihen schließen, den Kampf im weiteren Verlauf noch härter führen, mit Sicherheit alle Anschläge und Intrigen der Supermächte und des israelischen Zionismus besiegen und neue, noch größere Siege in ihrem Kampf für die nationale Befreiung erringen werden.

Die Regierung und das Volk von China werden sich immer mit den palästinensischen und arabischen Völkern vereinen und Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen." (NCNA, 28.4.1976).

China betrachtet das Palästinenserproblem nicht nur als Flüchtlingsfrage und auch keineswegs nur als eine israelisch-palästinensische Angelegenheit. Schuld an den Spannungen seien vielmehr die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte im nahöstlichen Raum. Die USA bedienen sich Tel-Avivs zur Aufrechterhaltung ihrer Machtansprüche im Bereich des Östlichen Mittelmeers, die Sowjetunion andererseits hoffe, aus den Unruhen in Nahost eigene Vorteile ziehen zu können.

ASIEN

(13) Japan zur Wiederaufnahme der Friedensvertragsgespräche mit China bereit

Der japanische Außenminister Miyazawa erklärte am 12. Mai, daß Japan bereit sei, die schon längere Zeit ausgesetzten Gespräche mit China über den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen. Er verwies dabei auf die Beruhigung der innenpolitischen Situation in China nach dem Führungswechsel im April und erklärte, Japan wünsche einen Meinungsaustausch mit China über diplomatische Kanäle, wenn die Chinesen bereit seien, die Erörterung dieser Angelegenheit wieder aufzunehmen (Jiji Press, englisch 12.5.1976).

Die vor allem 1975 geführten Gespräche über einen solchen Vertrag waren daran gescheitert, daß Japan seinerzeit nicht bereit gewesen war, die von den Chinesen gewünschte Anti-Hegemonie-Klausel, die ja einen Affront Japans gegenüber der Sow-

jetunion bedeutet hätte, in das Vertragswerk aufzunehmen. Nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Tokyo, bei dem sich Moskau gegenüber der japanischen Forderung, die vier Nord-Kurilen-Inseln zurückzugeben, starr gezeigt hatte, war in japanischen Regierungskreisen bereits der Wunsch laut geworden, nun die Konsequenz aus der verfahrenen Situation zu ziehen und wenigstens mit den Chinesen ins Reine zu kommen, also die Anti-Hegemonie-Klausel zu unterzeichnen.

Ohnehin befindet sich zur Zeit das chinesisch-japanische Verhältnis wieder in einem Aufwind. Beim Besuch des britischen Außenministers Crosland beispielsweise hatte der chinesische Außenminister Chiao Kuan-hua ausdrücklich erklärt, daß die Chinesen an einem guten Verhältnis zwischen Japan und den USA interessiert seien. Auch hat Peking nichts gegen den weiteren Verbleib von US-Basen in Japan einzuwenden (Times, 12. Mai 1976).

(14) Besuch des neuseeländischen Ministerpräsidenten in China

Robert Muldoon, der neuseeländische Ministerpräsident, besuchte am 28. April bis 4. Mai die VR China, und zwar im Anschluß an Visiten in Großbritannien, Frankreich, Süd-Korea und Japan.

Es war der erste Besuch eines neuseeländischen Ministerpräsidenten in der Volksrepublik. Der Gast wurde vom Ministerpräsidenten Hua Kuo-feng, vom Außenminister und schließlich sogar vom Parteichef Mao Tse-tung empfangen (NCNA, 30.4.76).

Bei einem Festbankett, das der chinesische Ministerpräsident seinem Gast gab, kamen die üblichen Themen zur Sprache. Hua betonte, daß die zahlreichen kleinen und mittleren Länder - offensichtlich war auch Neuseeland hiermit gemeint - in den internationalen Angelegenheiten eine immer größere Rolle spielten. Allerdings seien die beiden Supermächte nach wie vor ein gewaltiges Hindernis für diese Willensentfaltung. Die Sowjetunion, die dauernd "Entspannung" anpreise, sei "die gefährlichste Quelle des Krieges" ... Sie "schüchtert die Schwachen ein und fürchtet die Starken.

Im asiatisch-pazifischen Raum gelegen, sind China und Neuseeland selbstverständlich besorgt über die Situation in diesem Gebiet. Seit den großen Siegen der drei indo-chinesischen Völker hat, während die eine Supermacht zum Vertrag gezwungen wurde, die andere Supermacht die Chance wahrgenommen, ihre Infiltration und Expansion im asiatisch-pazifischen Raum mit dem Ziel zu verschärfen, diesen in ihre Einflußsphäre zu bringen. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die südostasiatischen Länder, die sich der Gefahr bewußt sind, den Tiger durch die Hintertür hereinzulassen, während der Wolf an der Vordertür abgewehrt wird, ihre Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Kampf zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität gegen fremde Aggression und Einmischung verstärken. Die ozeanischen Länder und Völker haben ihre Wachsamkeit auch gegenüber den expansionistischen Ambitionen der anderen Supermacht im asiatisch-pazifischen Raum erhöht und dies verurteilt. Wir unterstützen entschieden diese gerechte Haltung" (NCNA, 29. 4. 1976).

Was die Haltung Neuseelands zu den USA angeht, so erlag der chinesische Ministerpräsident bei seiner Einschätzung wohl einer Täuschung. Robert Muldoon hatte immer wieder betont,

daß sein Land den ANZUS-Pakt (Australia, New Zealand, US) nach wie vor als Eckstein seiner Sicherheit betrachtet ... Was das Thema der "Wachsamkeit" gegenüber Moskau anbelangt, so waren sich beide Parteien aber offensichtlich einig.

Ministerpräsident Muldoon erklärte während eines weiteren Banketts, daß sein Besuch zwei Hauptziele verfolge, nämlich einmal, die Bedeutung, die Neuseeland den Beziehungen zu Peking beimißt, zu unterstreichen, und zum anderen, die Verständigung zwischen beiden Regierungen und beiden Völkern zu vertiefen.

Auf diesem Weg sei man während des Besuches ein Stück weitergekommen. Beide Seiten hätten Schreiben über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigungsklausel auf dem Gebiet der Schifffahrt ausgetauscht. Auch über eine Fortsetzung des Austausches auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie, der Kultur, des Sports und anderen Gebieten wolle man beiderseits weitere Fortschritte erzielen. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern beruhten auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (NCNA, 1.5.1976).

Bei der Pressekonferenz in Hong Kong am 5. Mai erklärte Muldoon, er habe bei seinem Besuch in China den Eindruck gewonnen, daß der 82jährige Vorsitzende Mao Tse-tung nicht gesund sei. Man habe ihm auch gesagt, daß Mao vor einiger Zeit einen Schlaganfall erlitten habe. Sein Besuch beim Vorsitzenden habe nur zehn Minuten gedauert - also wesentlich kürzer als das Treffen anderer ausländischer Besucher in der Vergangenheit. Muldoon führte dies auf den schlechten Gesundheitszustand seines Gastgebers zurück, obwohl er betonte, Mao sei in keiner Weise senil.

Den neuen Ministerpräsidenten hält Muldoon nach eigenen Worten für einen guten Verwaltungsfachmann, der aber wenig Erfahrung mit der Außenpolitik habe. Beide Teile seien sich darüber einig gewesen, daß die USA und die Sowjetunion sich aus dem Indischen Ozean zurückziehen sollten.

Muldoon's views

ON CHIANG CHING: Sie impressed me as being intelligent, normal and .. relaxed.

ON MAO TSE-TUNG: He is very frail and I have been told that he may have had a stroke at some time in the past and his condition is consistent with that kind of experience ... It was obvious that in a period in front of some glaring television lights and then the discussions that we had, he was not finding it easy ... When there was any doubt about what he wished to say he was given a pad and a pencil.

ON HUA KUO-FENG: I think he is not by experience a foreign affairs man .. His style is low-key. In the presence of Chairman Mao he was a totally devoted and indeed, loving follower. I get the feeling that he is essentially a follower and no doubt an able administrator. To me, a Westerner, there is no evidence of charisma - but I don't know what charisma is in China ...

ON THE POLITICAL SYSTEM: Sometimes they say about New Zealand that we've got a very good "clobbering machine", and I don't know if you understand the term but it means that anybody who steps out of the mainstream gets clobbered. (In China) they have got the greatest clobbering machine in the world and it's in full operation.

(Auszüge aus: F.E.E.R. 21. Mai 1976)

(15) Besuch des pakistanischen Ministerpräsidenten in China

Vom 26. bis 30. Mai - zeitlich zusammenfallend mit dem 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Pakistan - besuchte der Ministerpräsident der islamischen Republik Pakistan, Bhutto, die VR China und wurde dort von Mao Tse-tung (NCNA 27. 5. 1976) sowie von Ministerpräsident Hua Kuo-feng und anderen hochrangigen Politikern empfangen.

Im gemeinsamen Kommuniqué vom 30. Mai 1976 wird festgestellt, daß beide Seiten eingehende Gespräche über die gegenwärtige internationale Situation, über die Entwicklung in Südost-Asien sowie über die bilaterale Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen beiden Ländern geführt hätten. Beide Seiten sprachen sich übereinstimmend "gegen die Versuche irgendeines Landes oder einer Gruppe von Ländern aus, eine Hegemonie- oder Einflußsphäre in irgendeinem Teil der Welt zu errichten" (NCNA 30. 5. 1976). Pakistan akzeptierte mit anderen Worten wie viele andere Länder vor ihm die chinesische Anti-Hegemonie-Klausel, die letztlich anti-sowjetisch orientiert ist. Beide Seiten sprachen sich auch für eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit, der Autarkie, der Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens aus, die an die Stelle der alten imperialistischen Wirtschaftsordnung treten sollte. Was die Probleme auf dem südasiatischen Subkontinent anbelangt, so betonten beide Teile ihr Engagement "für eine Normalisierung der Beziehungen in Südasien im Einklang mit dem Simla-Abkommen (Näheres dazu CHINA aktuell Juli 1972, S. 26 ff.). Die meisten Schritte aufgrund dieses Abkommens seien bereits abgeschlossen. Lediglich der Jammu- und Kaschmir-Streit müßten noch auf friedlichem Wege im Einklang mit dem Recht auf Selbstbestimmung gelöst werden. Kaschmir ist nach wie vor das Kernproblem des Konflikts zwischen Pakistan und Indien. Seit der Unabhängigkeit beider Staaten im Jahre 1947 war es eine Art permanenter Zankapfel. Pakistan forderte Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung, Indien dagegen lehnt dieses Ansinnen ab.

Genugtuung empfand die VR China offensichtlich auch über die "volle Wiederannäherung zwischen Pakistan und Bangla Desh". Seit Pakistan im Dezember-Krieg von 1971 seine Ostprovinz - jetzt Bangla Desh - verlor, hatte sich China geweigert, den dortigen neuen Staat anzuerkennen. Auch hatte es ein Veto gegen die Aufnahme Bangla Deshs in die UNO eingelegt mit der Begründung, daß die dortige Situation der Lage in Manchukuo von 1932 ähnele. Die Regierung Mujibur Rahman sei ähnlich schon wie seinerzeit der Kaiser von Manchukuo nichts anderes als eine Marionette in der Hand der indischen (damals der japanischen) Reaktionäre. Je mehr sich freilich Dacca Indien zu entfremden beginnt, destomehr normalisieren sich die Beziehungen zwischen Pakistan und seiner ehemaligen Ostprovinz. Beide Regierungen haben sich darüber geeinigt, Botschafter auszutauschen, Straßen-, Eisenbahn-, See- und Luftverkehr wieder herzustellen, wieder Handel miteinander zu treiben und sich gegenseitig das Recht zum Überfliegen seiner nationalen Territorien zuzugestehen.

China stellt sich entschieden hinter drei südasiatische Friedensinitiativen, nämlich

- den "gerechtfertigten" Vorschlag Sri Lankas, den Indi-

schen Ozean in eine Friedenszone zu verwandeln"

- sowie den Vorschlag des nepalesischen Königs, Nepal den Status einer Zone des Friedens zuzuerkennen
- und schließlich hinter den Vorschlag der pakistanischen Regierung über eine kernwaffenfreie Zone in Südasien (Punkte 12 und 13 des Kommuniqués).

Ob China über die Annäherung zwischen Pakistan und Indien besonders glücklich ist, wurde nicht ganz deutlich, immerhin hatte Hua Kuo-feng den pakistanischen Ministerpräsidenten dazu beglückwünscht, daß sein Land Mitte April nach vierzehn Jahren dauerndem "Frostwetter" wieder normale diplomatische Beziehungen aufgenommen habe. Die gleichzeitig angesprochene Hegemonie-Klausel zeigt jedoch auf, daß die chinesischen Gastgeber den pakistanischen Ministerpräsidenten nochmals auf den engen Zusammenhang zwischen der Sowjetunion und Indien warnend hingewiesen haben. Tatsache ist jedenfalls, daß China aus dem Konflikt zwischen Pakistan und Indien bisher stets außenpolitischen Vorteil gezogen hat.

Obwohl Bhutto immer wieder betont hatte, daß man das Kapitel des Konflikts und der Konfrontation in Südasien "endgültig abschließen" wolle, gab es dann am letzten Tag doch noch einen Eklat. Als der pakistanische Ministerpräsident beim Abschlußbankett das Kaschmir-Problem erwähnte, verließ der indische Geschäftsträger Mehrotra - genauso wie schon beim Besuch Bhuttos vor zwei Jahren - demonstrativ den Saal.

Bhutto gab auch Hinweise über seinen Eindruck zu Maos Gesundheitszustand: "er ist kein junger Mann mehr, ich hatte nicht erwartet, Tarzan zu begegnen." Mao sei "schwach", dies könne aber leicht mit seinem fortgeschrittenen Alter von 82 Jahren erklärt werden. Abgesehen von der Erkältung, die den Vorsitzenden zur Zeit befallen habe, sei er in guter Verfassung.

(16) Der Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew, in Peking

Auf Einladung der chinesischen Regierung traf der Ministerpräsident der Republik Singapur, Lee Kuan Yew, an der Spitze einer Good-will-Mission am 10. Mai nachmittags zu einem Besuch Chinas in Peking ein" (NCNA 10.5.1976). Er wurde begleitet von Außenminister Rajaratnam, der bereits im März 1975 der VR China einen Besuch abgestattet hatte. Insgesamt blieb Lee zwei Wochen in der Volksrepublik. Lee wurde nicht nur vom Ministerpräsidenten und von führenden Ministern, sondern von Mao Tse-tung persönlich zu einer Unterredung empfangen; dazu die SZ (17. Mai 1976): "Auf seine alten Tage sammelt Mao Exoten wie andere Leute Schmetterlinge, wobei die kapitalistischen eindeutig bevorzugt werden, vielleicht weil sie als aussterbende Spezies gelten. Die schöne und machtgierige Philippinerin Imelda Marcos, der urwüchsig irrlichernde Bayer Franz Joseph Strauss und sogar das Gespenst von San Clemente, der ehemalige Richard Milhous Nixon: Maos Neugier schreckt vor nichts zurück, die Leidenschaft des Sammlers wächst von Objekt zu Objekt. Nun ist auch Harry Lee in die Volksrepublik gekommen, und wir haben Grund zu der Annahme, daß Mao auf dieses Exemplar besonders stolz ist. Ein Chinese auf Staatsbesuch in Peking: Das wirkt in einer Zeit, da "fremde Teufel" tagaus, tagein an der Pforte des Himmlischen Friedens die Türklinken polieren, als Gipfel der Exotik. Lee Kuan Yew, Premierminister der Republik Singapur, ist das höchst entwik-

kelte Muster einer Gattung, die man Überseechinesen nennt: Jener 16 Millionen, die außerhalb Chinas und Taiwans, die weder in Hong Kong noch in Macao leben, sondern sich in Südost-Asien niedergelassen haben, ohne aufzuheben Chinesen zu sein. Letzteres bestreitet Lee "ich bin so wenig Chinese, wie John F. Kennedy ein Ire war", sagte er in Washington. Nun ja, er ist halt ein Oxford-Chinese, obwohl er in Cambridge studiert hat; als er Politiker wurde, da legte er den Vornamen Harry doch lieber ab. Seinem chinesischen Eigennamen Kuan Yew ("Strahlendes Licht") macht er alle Ehre: Der Stadtstaat Singapur ist mit Lee identisch, und er ist chinesisch bis ins Mark. Welch merkwürdige Begegnung, dieses Treffen zwischen Mao und Harry. Aber im Selbstbewußtsein sind sie sich ebenbürtig. Die Unterhaltung in der gemeinsamen Sprache soll etwas schwierig gewesen sein. Mao, der Träumer des Absoluten, und Lee, der wandelnde Taschenrechner, können sich nicht viel zu sagen haben. Ja, wenn es den Genossen Teng noch gäbe, dem die Farbe der Katzen egal ist, solange sie nur Mäuse fangen! mit dem hätte Harry sich verstanden. Trotzdem dürfte der Besuch Früchte tragen, denn Lee bleibt volle zwei Wochen im Land der Väter, und er wird wohl nicht nur als Zwitterwesen bestaunt, sondern als Staatsmann begriffen werden, der zu Hause Kommunisten brutal bekämpft, weil er die Unabhängigkeit Singapurs bewahren will und nicht bloß den Kapitalismus. Peking ist einverstanden. Die Parole "Heim ins Reich (der Mitte)" gilt schon lange nicht mehr. (Zum Besuch bei Mao vgl. PRu 1976, Nr.20, S. 3).

Ministerpräsident Hua Kuo-feng hob bei seiner Bankettrede vor allem zwei Punkte hervor, nämlich einmal die Hoffnung, daß auch Singapur sich in die Reihe der "anti-hegemonistisch" gesinnten Staaten einreihe ("in den internationalen Angelegenheiten tritt Singapur gegen Hegemonismus und Machtpolitik auf und befürwortet Frieden und Neutralität in Südost-Asien"), und er wies zweitens darauf hin, daß er den Aufbau der ASEAN, also des Regionalbündnisses zwischen Indonesien, den Philippinen, Malaysia, Thailand und Singapur für "konstruktiv" halte ... Die ASEAN hätten einen "konstruktiven Vorschlag auf Errichtung einer Zone des Friedens und der Neutralität in Südost-Asien gemacht und bei der Verstärkung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bedeutungsvolle Erfolge erzielt". Dies unterstütze China (PRu 1976, Nr.20, S. 7).

Lee Kuan Yew fing in seiner Bankettrede diesen ASEAN-Ball auf und verpackte den ASEAN mit dem Anti-Hegemonismus-Komplex, ohne, daß die Sowjetunion hierbei näher erwähnt wurde: "Die Solidarität der ASEAN-Länder wird unsere Fähigkeit erhöhen, Druck oder Manipulation von außen zu vermeiden. China hat seine Unterstützung für die ASEAN zum Ausdruck gebracht. Ich hoffe, daß andere Länder innerhalb und außerhalb dieses Raumes Verständnis für die Ziele der ASEAN aufbringen und sie unterstützen werden."

Lee Kuan Yew ließ seine Gastgeber deutlich wissen, daß er seinen Stadtstaat keineswegs als eine Art "drittes China" betrachte, daß andererseits aber China als eine gegebene Größe mit gewissen Machtansprüchen akzeptiert werde. Wörtlich: "In Singapur hat die Geschichte Chinesen, Malayen und Inder zusammengeführt; sie sind alle stolz auf ihr eigenes Erbe. Ein gemeinsames Schicksal teilend, entwickeln wir eine charakteristische Lebensweise. Aufgrund der Geographie wird die Zukunft unseres Landes noch enger mit jener unserer Nachbarn in Südost-Asien verbunden sein" und weiter: "Die Leichtigkeit und Schnellig-

keit, mit der meine Kollegen und ich von Singapur nach Peking gereist sind, erinnert daran, wenn es überhaupt notwendig ist, daß von den großen Ländern China jenes ist, das am nächsten zu Südost-Asien liegt. In der Tat, China ist ein Teil Asiens und seine Politik wird einen Hauptfaktor in der sich entwickelnden Lage in Südost-Asien bilden" (PRu 1976 Nr.20 S.8).

Sodann wies Lee auf mögliche Differenzen hin: "In vielen internationalen Fragen haben wir uns in der UNO in Übereinstimmung mit Ihnen gesehen, jedoch kann erwartet werden, daß wegen nationaler Interessen oder aus ideologischen Gründen unsere Auffassungen in manchen Bereichen auseinandergehen werden. Dies braucht uns jedoch nicht daran zu hindern, unsere kulturellen, Handels- und anderen Beziehungen zu verbessern."

Über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten mag wohl diskutiert worden sein. Vollendete Tatsachen wurden jedoch nicht geschaffen. Vielmehr hat Lee schon vor seinem Reiseantritt die Chinesen wissen lassen, daß Singapur Beziehungen solcher Art erst als letztes von den fünf ASEAN-Ländern aufnehmen werde. Da Lee jedoch davon ausgehen kann, daß Indonesien vermutlich noch lange Zeit verstreichen lassen wird, ehe es sich zu einer Bereinigung seiner diplomatischen Verhältnisse mit der VR China durchringt, hat seine Regierung einen langen Zeitaufschub. Diese Zurückhaltung erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß Singapur intensive Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu Taiwan unterhält, die leiden müßten, wenn Singapur kompromißlos auf die Seite Pekings überschwenken würde. Obwohl der Stadtstaat auch mit Taiwan keine offiziellen Beziehungen unterhält, war Lee Kuan Yew in den vergangenen Jahren doch mehrere Male auf Privat-Besuch in Taiwan. Dort hat er vermutlich Versprechungen gemacht, die es nun in Peking einzuhalten galt. Sein letzter Besuch in Taiwan liegt über sechs Monate zurück.

Zwei weitere Probleme galt es noch zu lösen, nämlich die Staatsangehörigkeit der zwei Millionen Singapur-Chinesen, die fast Dreiviertel der Bevölkerung Singapurs ausmachen. Mit drei anderen Ländern der ASEAN, nämlich mit Malaysia, den Philippinen und Thailand hat sich die VR China bereits auf eine Nichtanerkennung einer doppelten Staatsangehörigkeit geeinigt. Die dortigen Chinesen sollten sich entweder für die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltslandes oder aber für die chinesische Staatsangehörigkeit entscheiden. In Singapur erhält diese Frage eine besondere Aktualität, weil ja gerade die Frage der Zugehörigkeit der Mehrzahl der dortigen Bevölkerung zu China oder aber zu einem Staat Singapur eines der wichtigsten Kriterien einer selbständigen "Nation Singapur" bildet.

Die diesbezügliche Empfindlichkeit Lee Kuan Yews und seiner Regierung wurde wohl dadurch geachtet, daß man über Gespräche zu diesem Punkt kein offizielles Kommuniqué herausbrachte. Auch zum "Anti-Hegemonismus", der das zweite wichtige Problem bildet, wollte sich Singapur offiziell nicht öffentlich bekennen, da die Sowjetunion zu einem immer wichtigeren Wirtschaftspartner wird.

(17) Gespannte Beziehungen zu Vietnam

Wie ein Korrespondent der Straits Times, der in Begleitung Lee Kuan-Yew China besuchte, berichtet, hat die VR China nach Beendigung des Krieges in Vietnam keine neuen Hilfsprojekte mehr eingeleitet. Wie der Korrespondent von offizieller Seite mitgeteilt bekam, stellt Vietnam keine Anträge auf weitere Hilfe. Gleichzeitig wurde die sowjetische Hilfe erweitert. Wie außerdem von chinesischer Seite mitgeteilt wurde, entwickelten sich zwischen China und Vietnam Grenzstreitigkeiten an der Grenze zur Provinz Yünnan und um die Besitzrechte an den Spratly- und an den Paracel-Inseln, so daß die Beziehungen insgesamt als schlecht bezeichnet werden können. (Asahi shimbun, 24.5.1976)

AUSLÄNDER IN DER VR CHINA**(18) Erste Welle des Auszugs von Korrespondenten aus Peking**

Gegenwärtig befinden sich vier britische (einer im Auftrag der australischen Presse), drei französische, drei westdeutsche, zwei italienische, zwei skandinavische, zwei kanadische und ein australischer Korrespondent in der chinesischen Hauptstadt. Daneben residieren hier zehn Japaner und eine Reihe journalistischer Vertreter aus den Ostblockländern, unter denen die Jugoslawen immer eine gewisse Vorzugsbehandlung erhalten.

Die Reihe dieser Korrespondenten wird sich in den nächsten Monaten lichten. Vor allem die Korrespondenten der Londoner Times, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Southam News (Canada) werden Peking verlassen, ohne daß sie durch Nachfolger ersetzt würden. Weitere Korrespondenten werden diesem Beispiel möglicherweise folgen.

Die Gründe für den Exitus bestehen einmal darin, daß die Kosten für den Korrespondentenaufenthalt in den letzten Jahren ständig gestiegen sind (die Löhne für Setzer und Wohnungsmieten gingen erst vor kurzem wieder einmal 50 % in die Höhe, während gleichzeitig die Währungen einiger Länder, aus denen die Korrespondenten kommen, gegenüber dem RMB abgewertet wurden), ferner in einem Abklingen der "Sinomanie", wie sie noch in den Jahren 1972/73 geherrscht hat, vor allem aber wegen der armseligen Informationsmöglichkeiten. Gerade die letzten Monate, vor allem die Ereignisse auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens, haben zwar einigen Korrespondenten ein gewisses Gefühl der Befriedigung gegeben; denn erstmals konnten sie Augenzeugen erregender Geschehnisse in China sein; auch wurde ihnen die Möglichkeit eröffnet, einige Abstecker in chinesische Provinzen, z. B. nach Yünnan, zu machen. Gleichwohl ist das Gefühl der Frustration bei den meisten geblieben. Es gibt beispielsweise kaum Pressekonferenzen; Anfragen an die Ministerien werden kaum beantwortet und Interviews, die über eine normale Wiedergabe der ohnehin bekannten Aussagen hinausgehen, kommen kaum in Betracht. Was viele Korrespondenten aber am meisten ärgert, ja vielleicht zur Weißglut bringt, ist ihre Behandlung als "Bürger zweiter Klasse" (so David Bonavia in FEER, 14. Mai 1976, S.35). Gegenüber durchreisenden Journalisten, die dann in der Regel über alles und jedes unkritisch berichten, was ihnen von chinesischen Behörden "in die Kladda diktiert wird", bekommen sie kaum adäquate Gelegenheit, nun ihrerseits korrigierend entgegenzusteuern. Vor allem haben die chinesischen Behörden kaum Verständnis da-

für, daß jeder Korrespondent sich ja sowohl gegenüber den Redaktionen zu Hause wie auch gegenüber dem Lesepublikum durch einen gewissen Standard der Berichterstattung ständig rechtfertigen muß. "Die oppressive Atmosphäre schafft bisweilen eine übertriebene Vorsicht im Hinblick auch chinesische Tabus", vor allem gegenüber der Taiwan-Frage (Bonavia a. a. O.).

Die vielleicht größte Ironie aber besteht darin, daß, während zahlreiche ausländische Korrespondenten in Peking den Tag gar nicht mehr abwarten können, daß sie endlich das Land verlassen, vor den Toren Chinas noch immer zahlreiche amerikanische Korrespondenten warten, die unbedingt ins Land kommen möchten. Außerdem haben nicht weniger als 80 japanische Informations-Organisationen Anträge auf Zulassung von Korrespondenten laufen. Solange freilich die gegenwärtige Informationsatmosphäre anhält, wird es auch neu hinzukommenden Korrespondenten kaum möglich sein, unmittelbaren Kontakt u. a. zur chinesischen Bevölkerung zu bekommen, selbst dann, wenn sie des Chinesischen mächtig sind.

INNENPOLITIK**(19) Todesurteile im Zusammenhang mit den Demonstrationen vor dem "Tor des Himmlischen Friedens"?**

Nach Meldungen aus Peking (u. a. von David Bonavia, Times, 15. Mai 1976) sind wegen Beteiligung an den blutigen Unruhen auf dem T'ien-an-men-Platz (Näheres dazu CHINA aktuell Mai 76) zwei Personen zum Tode verurteilt und andere zu Gefängnisstrafen zwischen zehn und dreißig Jahren. Dies hätten in Hong Kong eingetroffene Reisende unter Berufung auf die öffentlich ausgehängten Gerichtsurteile mitgeteilt. (Krawalle von Anfang April)

Am 24. Mai trat ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums diesen unbestätigten Meldungen entgegen und bezeichnete sie als "reine Erfindung". (Unruhen vom 5. April!) (NZZ 22.5. und Le Monde 21.5.1976)

Immer noch aber gehen die Angriffe gegen Anhänger Teng Hsiao-p'ings vor allem in den Provinzen weiter. Entsprechende Meldungen liegen vor aus Hunan, wo der dortige stellvertretende Parteivorsitzende Chang P'ing-hua auf Wandzeitungen angegriffen worden sein soll. Als der jetzige chinesische Ministerpräsident Hua Kuo-feng noch Vorsitzender des Parteiausschusses der Provinz Hunan war, amtierte Chang als sein Stellvertreter. Auch aus der Provinz Shensi trafen Nachrichten ein über Kampagnen mit Wandzeitungen gegen lokale Provinzfunktionäre in Peking. Schließlich wurden in nicht weniger als sieben Provinz-Militärbezirken die regionalen Befehlshaber ausgewechselt. Eine Maßnahme gegen Anhänger Teng Hsiao-p'ings in der Armee, in der Teng ja die Stellung eines Generalstabschefs innehatte?

(20) Schauprozeß und Zwangsarbeit für T'ien-An-Men-Demonstranten

Eine Art von "Massenpropaganda-Prozess" soll all denjenigen bevorstehen, die sich am 5. April an den blutigen Ausschreitungen auf dem T'ien-An-Men-Platz in Peking beteiligt haben, berichtete Tanjug am 2. 5. 1976.

Die jugoslawische Nachrichtenagentur meldete ferner, daß drei der konterrevolutionären Anführer am 29. 4. 1976 auf einer an